

# FRANKREICH

## Gewerkschaftsmonitor

März 2020

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**

### **POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN**

#### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Knapp drei Jahre nach der Wahl Emmanuel Macrons zum Staatspräsidenten wirken die daraus resultierenden Umwälzungen in Politik und Gesellschaft Frankreichs nach. Die Europawahl, aus der die etablierten Parteien als große Verlierer hervorgingen, hat die politische Dominanz der Parteien der Kandidaten der Stichwahl 2017 – Emmanuel Macrons La République en Marche (LRM) und Marine Le Pens Rassemblement National (RN) – bekräftigt. Links steht die sozialistische Partei (PS) in Konkurrenz zu den Grünen, weiteren Mitte-Links-Parteien und Jean-Luc Mélenchons La France Insoumise (LFI). Zur Mitte hin kann sie nur langsam enttäuschte Macron-Wähler zurückgewinnen. In der Folge hat sie ihren traditionellen Führungsanspruch im heute äußerst zersplitterten linken Lager verloren. Auf der anderen Seite wird den konservativen Republikanern (LR) gleichzeitig von der LRM und der rechtsradikalen RN das Wasser abgegraben. Bei den Kommunalwahlen im März, deren zweiter Wahlgang wegen der Corona-Krise verschoben werden musste, konnten Sozialisten, Grüne und Republikaner jedoch von der Schwäche der LRM auf lokaler Ebene profitieren. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer seit Jahren schwelenden, allgemeinen Unzufriedenheit und Enttäuschung der Bevölkerung gegenüber den politischen Institutionen und der Repräsentativität des politischen Systems. Diesen enormen Vertrauensverlust konnte Emmanuel Macron nicht wieder wettmachen. Ganz im Gegenteil: seine technokratische Modernisierungspolitik bereitete den Boden für eine Verschärfung der Vertrauenskrise.

Zunächst erwies sich seine bisherige Strategie der Umgehung intermediärer Institutionen (Gewerkschaften, Vereine, lokale Amtsträger, Medien) als Bumerang, der in Form von massiven, sich über Wochen hinziehenden Protesten der sog. »Gelbwesten« auf ihn und seine Politik zurückfiel. Dann sah er sich mit einer massiven gewerkschaftlich organisierten Streik- und Protestbewegung konfrontiert, die sich als Reaktion auf sein Projekt zur Reform des Rentensystems entwickelte. Monate-

lang gingen Menschen auf die Straße, während Oppositionsparteien aller Couleur im Parlament geschlossen gegen die Reform kämpften. Hinter dem Rentenstreit steckte nicht nur eine grundsätzlichere Kritik am dirigistischen Regierungsstil des Präsidenten, sondern auch an seinem wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs, der mit einer Verschiebung der LRM-Anhängerschaft nach rechts einherging. Besonders umstritten ist seine Haushalts- und Steuerpolitik, die durch die Abschaffung der Vermögenssteuer und die Einführung eines einheitlichen Satzes bei der Abgeltungssteuer zu einer einseitigen Entlastung des reichen Teils der Gesellschaft um mehrere Milliarden Euro geführt hat. Ihre Folgen werden in einigen Bereichen durch sozial- und bildungspolitische Gegenmaßnahmen ausbalanciert, jedoch in anderen Bereichen durch Kürzungen beim Sozialstaat verschärft. Als Reaktion auf die Gelbwesten versuchte der Präsident, mit der Einführung eines milliardenschweren Programms zur Steuerentlastung der Mittelschicht diesem Negativtrend entgegen zu steuern.

Trotz einer guten wirtschaftlichen Entwicklung, Verbesserungen der Arbeitsmarktlage und der Kaufkraft bleiben Misstrauen und Distanz in der Bevölkerung groß. Dass es den Oppositionsparteien dennoch nicht gelingt, sich als glaubwürdige Alternative anzubieten, gibt Grund zur Sorge für die Zukunft des demokratischen Lebens Frankreichs. Die Zunahme von gewalttätigen Protesten, von Polizeigewalt und von Aggressionen gegen politische Verantwortungsträger sind Zeichen dieser angespannten Situation.

#### WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Vor Eintritt der Corona-Krise wurde für das Jahr 2020 ein Wachstum des BIP von 1,1 Prozent prognostiziert, was leicht unter den 1,3 Prozent des Vorjahrs liegen würde. Dies bestätigt die globale Abkühlung der Wirtschaftslage in Frankreich, obwohl das Wachstum immer noch trotz der über Monate sich hinziehenden Sozialproteste und Streiks leicht über dem im Durchschnitt für den Euroraum erwarteten Wachstum liegen würde. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Zahlen aufgrund der Corona-Krise stark nach unten korrigiert

werden müssen. Um aus der Gelbwesten-Krise herauszukommen, hatte die Regierung 2019 ein Konjunkturprogramm in Höhe von etwa 20 Mrd. Euro auf den Weg gebracht, das unter anderem eine Senkung der Einkommensteuer der Gering- und Mittelverdiener (5 Mrd. Euro), die Steuer- und Abgabebefreiung von Überstunden und die Wiedereinführung des Inflationsausgleichs für alle Renten vorsieht. Vor der Corona-Krise waren die wirtschaftlichen Aussichten in Frankreich insgesamt positiv: das Konsumverhalten der privaten Haushalte deutete auf stabiles Vertrauen und die Investitionen der Unternehmen hielten weiter an. Dies ist nicht zuletzt darin begründet, dass die Wirtschaftsstruktur Frankreichs im Vergleich zu großen Exportländern weniger Spannungen in der internationalen Handelspolitik ausgesetzt ist. Welchen Beitrag Emmanuel Macrons Angebotspolitik zu diesen Entwicklungen leistete, ist umstritten. Die Kaufkraft ist 2019 um 1,6 Prozent (höchste Zahl seit 2007) gewachsen, doch ist dies vor allem Ergebnis der nach den Gelbwesten-Protesten eingeleiteten Befriedungsmaßnahmen; auch muss diese Kaufkraftsteigerung vor dem Hintergrund der Einkommensentwicklung im letzten Jahrzehnt gesehen werden: das Mittlere Einkommen der Franzosen und Französinen hat erst 2018 wieder das Vorkrisenniveau erreicht, wobei gleichzeitig die Wohnkosten und die Höhe von unvermeidlichen Ausgaben für Haushalte aus der Unter- und Mittelschicht extrem zugenommen haben.

Die Tendenz zu einem moderaten Absinken der Arbeitslosigkeit hat sich in den Jahren 2018 und 2019 fortgesetzt. Im vierten Quartal 2019 lag die Arbeitslosenrate mit 2,4 Mio. Erwerbslosen gemäß ILO-Standard bei 8,1 Prozent (-0,7 Prozent zum Vorjahr). Dies ist der niedrigste Stand seit Ende 2008 (2015 hatte die Arbeitslosigkeit mit 10,5 Prozent ihren Höhepunkt erreicht). Dieser positive Trend resultiert aus der Schaffung von über einer Million Arbeitsplätzen seit 2016 (2019 wurden noch über 287.000 Arbeitsplätze geschaffen). Trotzdem liegt die Arbeitslosigkeit immer noch deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt; Frankreich weist derzeit die vierthöchste Arbeitslosenquote in Europa auf.

Auch die Langzeitarbeitslosigkeit (3,2 Prozent) und die Altersarbeitslosigkeit (5,8 Prozent) nahmen weiter ab. Ein Blick auf die prekäre Beschäftigung zeichnet allerdings ein düsteres Bild der Beschäftigungslage. Auch wenn die Unterbeschäftigung (5,3 Prozent) weiter sinkt, ist die Anzahl der Arbeitssuchenden, die im Sinne der ILO nicht als Arbeitslose erfasst werden, wieder gewachsen (1,7 Mio.). Und trotz jüngster positiver Entwicklungen bleibt der größte Teil aller Neueinstellungen befristet. Zudem ist dabei die Dauer der befristeten Verträge seit Jahren dramatisch kurz: ein Viertel dieser Verträge läuft nicht länger als einen Tag, über 80 Prozent nicht länger als einen Monat. Insgesamt arbeiten 3,7 Mio. Arbeitnehmer\_innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Befristung/ Zeitarbeit). Dies entspricht 13,5 Prozent der abhängig Beschäftigten.

## GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In dem derzeitigen politisch instabilen Kontext werden auch Stimmen lauter, die nicht nur das Ende der traditionellen Par-

teien, sondern auch das Ende der Gewerkschaften heraufziehen sehen, sollten diese sich als unfähig erweisen, ihre Strukturen und Praktiken grundlegend zu reformieren. Dabei haben insbesondere die Proteste der »Gelbwesten« die Schwäche der Gewerkschaften offengelegt. Als etablierte Institutionen haben sie weitgehend abseits der Proteste gestanden. Die gesellschaftliche Kernaufgabe der Gewerkschaften, die sozialen Sorgen der Arbeitnehmer\_innenschaft aufzugreifen und in geordnete, demokratisch artikulierte Forderungen zu überführen, wurde damit in Frage gestellt.

Der Streit um die Rentenreform hat den Gewerkschaften allerdings eine Gelegenheit geboten, sich wieder in ihrer traditionellen Rolle als Vertreter sozialer Interessen zu präsentieren. Sie stehen dem Reformvorhaben der Regierung kritisch bis ablehnend gegenüber. Insbesondere die protestorientierten Gewerkschaftsverbände (CGT, FO) organisierten über Monate massive Demonstrationen sowie Streiks, die bei einer Mehrheit der Bevölkerung auf Zustimmung stießen. Waren diese Proteste erfolgreicher als in den zwei letzten Jahren, so bleibt die Zahl der Streikenden und Demonstrant\_innen jedoch weit hinter der der großen Bewegungen von 1995 oder 2010 zurück. Dies macht nicht nur sichtbar, dass das traditionelle Protestmodell Frankreichs in eine schwere Krise geraten ist, es ist darüber hinaus auch ein Warnzeichen für die Entfremdung zwischen den Arbeitnehmer\_innenorganisationen und breiten Schichten einer atomisierten Arbeitnehmer\_innenschaft. Die traditionelle Kluft zwischen dialog- und konfliktorientierten Gewerkschaften ist nach wie vor sehr groß. Der große Gewerkschaftsverband CGT hat sich an die Spitze der Protestbewegung gegen die Rentenreform gesetzt. Obgleich die CGT aus der Auseinandersetzung mit der Regierung politisches Kapital schlagen konnte, ist sie strategisch und ideologisch weiterhin hin- und hergerissen. Der Vorstand, der stark unter Druck des radikalen Flügels steht, könnte Schwierigkeiten haben, gesichtswahrend aus dem Rentenstreit herauszukommen. Die reformistische CFDT, die der CGT den Rang als größte Gewerkschaft Frankreichs abgelaufen hat, ist ideologisch homogener. Sie befindet sich allerdings aufgrund ihrer Position zur Rentenreform in einer besonders heiklen Situation: da die CFDT seit Jahren ein »universelles« Rentenmodell befürwortet, hat sie anders als die CGT großes Interesse, dass das bestehende Rentensystem reformiert wird, dies jedoch mit umfangreichen sozialen und verteilungspolitischen Garantien. Der Reformentwurf der Regierung entspricht diesen Reformervorstellungen jedoch nur sehr unzureichend, weshalb die CFDT sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sieht, mit ihrer Verhandlungsstrategie der Exekutive in die Hände zu spielen. Gemeinsam mit der christlichen CFTC und der kleinen UNSA sucht sie eine Balance zwischen Dialog und Druck, um der Regierung wesentliche Zugeständnisse abzurufen. Der drittgrößte Dachverband FO, der zwischen sozialpartnerschaftlichen und konfliktorientierten Positionen schwankt, steckte über Wochen in einer Führungskrise, die zu einer vorgezogenen Wahl eines neuen Vorsitzenden zwang. Nun hat FO aber mit einer klaren Position gegen die Rentenreform ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewonnen und plant mit der CGT alternative Vorschläge zur finanziellen Stabilisierung des aktuellen Rentensystems.

## GEWERKSCHAFTEN IN FRANKREICH – FAKTEN UND DATEN

### HISTORISCHE ASPEKTE

Die französische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahrzehnten eine widersprüchliche Entwicklung erlebt: zum einen hat sie in den öffentlichen Institutionen und in den Unternehmen einen immer größeren Platz eingenommen, zum anderen ist die Zahl ihrer Mitglieder aber stark zurückgegangen. Mitte der 1970er lag der Organisationsgrad noch über 20 Prozent, dieser hat sich seither im Zuge der Desindustrialisierungs- und Privatisierungsprozesse jedoch halbiert. Dennoch spielen die Gewerkschaften (gemeinsam mit den Arbeitgebern) weiterhin eine große Rolle als Aufsichtsorganisationen in unterschiedlichen Einrichtungen des Sozialstaates (Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung) ebenso wie im betrieblichen Tarifvertragssystem. Nachdem die gewerkschaftliche Präsenz in den Unternehmen 1968 anerkannt und die Rolle der Branchen für Tarifverhandlungen gestärkt wurden, wurden in den 1980er Jahren das System der betrieblichen Interessenvertretung und Tarifverhandlungen ausgebaut. Die Dezentralisierung der Tarifpolitik gewann an Bedeutung. 2008 trat eine Reform in Kraft, die die Regeln zur Anerkennung der Gewerkschaften auf eine neue Grundlage stellte. Früher waren die fünf großen Gewerkschaften in jedem Unternehmen ohne Berücksichtigung ihrer betrieblichen Verankerung als Verhandlungspartner anerkannt. Jetzt sind die Ergebnisse bei den Wahlen zur Arbeitnehmer\_innenvertretung entscheidend für ihre Verhandlungsfähigkeit. Die Gewerkschaftsorganisationen müssen mindestens 10 Prozent der Stimmen im Unternehmen gewinnen, um dort mit dem Arbeitgeber Haustarifverträge aushandeln zu können (der Tarifvertrag ist gültig,

wenn die Zustimmung von Gewerkschaften erreicht wird, die mindestens 50 Prozent der Wählerstimmen vertreten). Eine ähnliche Regelung gilt auch für die Branchen und für die nationale, branchenübergreifende Ebene (in dem Fall müssen die Organisationen mindestens 8 Prozent der Stimmen gewinnen). Mit dieser Reform soll die Legitimation der Gewerkschaften gestärkt und das Kräfteverhältnis zwischen den unterschiedlichen Organisationen geklärt werden.

### GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die französische Gewerkschaftslandschaft ist gekennzeichnet durch eine Zersplitterung in acht konkurrierende Dachverbände unterschiedlicher Größe, die sowohl ideologisch als auch strategisch unterschiedliche Positionen vertreten. Nach eigenen Angaben haben sie zusammen knapp drei Millionen Mitglieder (Arbeitnehmer\_innen und Rentner\_innen). Laut Arbeitsministerium sind 11 Prozent der abhängig Beschäftigten organisiert (8,5 Prozent in der Privatwirtschaft, 19,4 Prozent im öffentlichen Dienst und in den staatlichen Unternehmen). Damit weist Frankreich einen der niedrigsten Organisationsgrade in Europa auf. Fünf große Dachverbände sind als verhandlungsfähige Organisationen anerkannt, mit denen der Staat und die Arbeitgeberverbände auf nationaler, berufs- und branchenübergreifender Ebene Vereinbarungen schließen können: CFDT, CGT, FO, CFE-CGC und CFTC. Diese Organisationen sind auch in den meisten Branchen vertreten und erzielen bei den Arbeitnehmer\_innenvertreter\_innenwahlen in den Betrieben die besten Ergebnisse. Jedem gewerkschaftlichen Dachverband gehören berufsgruppenübergreifende Lokal- und Regionalverbände sowie Branchenorganisationen an. Diese Branchenorganisationen sind zuständig für Tarifver-

Tabelle 1

**Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Frankreich**

Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confédération française démocratique du travail – CFDT (Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Laurent Berger Stv. Vorsitz: Marylise Léon	621.274 (2018)	EGB, IGB
Confédération générale du travail – CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Philippe Martinez	653.222 (2017)	EGB, IGB
Force ouvrière – FO (Workers' Force)	Vorsitz: Yves Verrier	612.000 (2004)	EGB, IGB
Confédération française de l'encadrement – Confédération générale des cadres (CFE-CGC) (französischer Gewerkschaftsverband für professionelle Angestellte in Management- oder Führungspositionen)	Vorsitz: François Hommeril Generalsekretär: Alain Giffard	160.000 (2018)	CEC European Managers, CESI
Confédération française des travailleurs chrétiens – CFTC (Französischer Bund christlicher Arbeiter)	Vorsitz: Cyril Chabanier Generalsekretär: Eric Heitz	135.000	EGB, IGB
Union nationale des syndicats autonomes (UNSA) (Nationaler Verband der autonomen Gewerkschaften)	Vorsitz: Laurent Escure	200.000 (2018)	EGB

Tabelle 2  
**Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Frankreich**

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Fédération syndicale unitaire – FSU (Einheitlicher Gewerkschaftsbund, Öffentlicher Dienst, insb. Erziehung)		Vorsitz: Bernadette Groison	160.000	ETUCE, EI
Fédération des services publics et de santé FO (SPS-FO) (FO Gewerkschaftsbund Öffentlicher Dienst und Gesundheit)	FO	Vorsitz: Yves Kottelat	135.000 (2002)	EPSU, PSI
Fédération de la santé et des services sociaux – CFDT Santé Sociaux (CFDT Gewerkschaftsbund der Gesundheits- und Sozialdienste)	CFDT	Vorsitz: Evelyne Rescanières	93.570	EPSU, PSI
Fédération des services – CFDT Services (CFDT Gewerkschaftsbund im Dienstleistungssektor, insb. Handel, Tourismus, Gastgewerbe)	CFDT	Vorsitz: Olivier Guivarch	81.094	UNI Europa, UNI Global Union
Fédération CGT des services publics (CGT Gewerkschaftsbund im öffentlichen Dienst)	CGT	Vorsitz: Baptiste Talbot	80.717	EPSU, PSI
Fédération de la santé et de l'action sociale – CGT Santé (CGT Gewerkschaftsbund der Gesundheits- und Sozialdienste)	CGT	Vorsitz: Mireille Stivala	74.725	EPSU, PSI

handlungen in allen Berufsgruppensektoren und Branchen, in denen sie vertreten sind. Die organisatorische Besonderheit des französischen Systems liegt darin, dass die Zahl der Branchenorganisationen in jedem einzelnen Dachverband extrem hoch ist und deren Zuständigkeitsbereich nicht immer deckungsgleich mit der Struktur der Wirtschaft ist. Die Zersplitterung besteht also nicht nur zwischen den Dachverbänden, sondern auch innerhalb derselben.

Da die Dachverbände auf branchenübergreifender Ebene an der Verhandlung von wichtigen Bereichen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik beteiligt sind, ist der Gestaltungsspielraum ihrer Branchenorganisationen geringer als in anderen europäischen Ländern. Die wichtigsten Branchenorganisationen findet man im öffentlichen Sektor (Daseinsvorsorge, Gesundheit, Soziales). Die mehrheitlich aus dem Lehrpersonal bestehende FSU ist im Bereich Bildungs- und Erziehung besonders einflussreich. In der Privatwirtschaft sind die bedeutenden Organisationen in der Metallbranche (FTM-CGT, FGMM-CFDT) und im Transportwesen (FGTE-CFDT, CGT Cheminots, CGT Transports). In diesen Sektoren sind jeweils 12 Prozent und 18 Prozent der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglied. In dem ebenfalls relativ gut organisierten Versicherungs- und Finanzsektors ist die Fédération CFDT Banques et Assurances die wichtigste Organisation. Dagegen haben die Gewerkschaften große Mühe, im Handel (5,5 Prozent), Gastgewerbe (4 Prozent) oder Bauwesen (4 Prozent) Fuß zu fassen. Je grösser die Betriebe sind, desto höher ist die gewerkschaftliche Verankerung bei den Beschäftigten und in den betrieblichen Interessenvertretungsorganen. In den Unterneh-

men mit unter 50 Beschäftigten liegt der Organisationsgrad bei 7 Prozent, in den Unternehmen mit über 200 Beschäftigten bei 14 Prozent. Die Leiharbeit, die befristete Beschäftigung und die Plattform-Ökonomie sind immer noch weiße Flecken für die Gewerkschaftsarbeit.

#### ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Organisations- und Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften wird von der französischen Verfassung (Präambel von 1946 und 1958) garantiert. Auf nationaler Ebene werden die Gewerkschaften als Verhandlungspartner vom Staat anerkannt und müssen zumindest förmlich in Gespräche über sozialpolitische Regierungsreformen eingebunden werden. Rechte und Pflichten der Gewerkschaften in Unternehmen und den Branchen sind gesetzlich geregelt und können sozialpartnerschaftlich weiterentwickelt werden. Gewerkschaftsvertreter\_innen und Arbeitnehmervertreter\_innen in Unternehmen sind vor Entlassung besser geschützt (die Kündigung ist theoretisch möglich, kann aber nur nach Anhörung des französischen Betriebsrats von der örtlichen Gewerbeaufsicht – »Arbeitsinspektion« – genehmigt werden). Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsvertreter\_innen haben Anspruch auf Freistellung unter Fortbezahlung der Bezüge für ihre Interessenvertretungstätigkeit; Räume und Mittel für die betriebliche Interessenvertretung müssen vom Arbeitgeber sichergestellt werden. Darüber hinaus genießen die Gewerkschaften Vorrecht für betriebliche Arbeitnehmer\_innenvertreter\_innenwahlen, bei denen die Kandidatenaufstellung im ersten Wahlgang ih-

nen vorbehalten werden. In Frankreich gilt der Streik als weitgehendes, individuelles Menschenrecht, das mit keiner gewerkschaftlich organisierten Friedenspflicht verbunden ist (kollektive Arbeitsniederlegung, aber kein Lohnausgleich für den Arbeitsausfall). Auch im öffentlichen Dienst (außer Militär, Polizei, Richter) darf gestreikt werden.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Arbeitsbeziehungen in Frankreich werden vom institutionellen Rahmen des Zentralstaates eingeeignet. Das Arbeitsgesetz (*«code du travail»*) legt Bestimmungen für bedeutende Bereiche der Arbeitsbeziehungen fest, wie zum Beispiel den flächendeckenden Mindestlohn, die reguläre Arbeitszeit (35 Stundenwoche), die Urlaubsmindestdauer (5 Wochen) und die Arbeitssicherheit. Bei diesen Themen haben die gesetzlichen Bestimmungen Vorrang vor zwischen den Sozialpartnern ausgehandelten Regelungen. Auf nationaler, branchenübergreifender Ebene können die Sozialpartner mit dem Staat und den Arbeitgeberverbänden über Fragen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik verhandeln. Der soziale Dialog wird aber zum Teil von der politischen Agenda bestimmt, insofern der Staat durch Reformen die Gestaltung der Arbeitsnormen selbst in die Hand nimmt oder die Sozialpartner auffordert, über ein von ihm vorgegebenes Thema zu verhandeln. Darüber hinaus haben die Sozialpartner die Aufgabe, sich in nationalen paritätischen Ausschüssen bzgl. der Organisation und Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, der zusätzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, der Familienzulage und der beruflichen Ausbildung ins Benehmen zu setzen.

Die Ziele und die Agenda der Reformen unterliegen der Federführung des Staates. Beim Scheitern der sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen zieht die Regierung das Verfahren an sich, was in der Tendenz immer häufiger der Fall ist. Auf der anderen Seite sind die Sozialpartner auf Branchen- und Unternehmensebene gefordert, im Rahmen dieser gesetzlichen Vorgaben weitreichendere Regelungen auszuhandeln, als dies früher der Fall war. In klar definierten Bereichen wurde die Rolle der tarifpolitischen Regulierung gegenüber der Gesetzgebung gestärkt, d. h. den Sozialpartnern wird jetzt ein größeres Gewicht bei der Festlegung von Arbeitsnormen zugewiesen. Auf Branchenebene können die Sozialpartner nicht nur Lohnuntergrenzen, Berufsklassifizierungen oder Bestimmungen zur Gleichstellung aushandeln, sondern auch bei den Themen wie Probezeit oder Befristung der Arbeitsverträge von nationalen, gesetzlichen Normen positiv oder negativ abweichen. Da die meisten Tarifverträge vom Arbeitsministerium als allgemeinverbindlich erklärt werden, ist die tarifvertragliche Abdeckung hoch: 93 Prozent der französischen Arbeitnehmer\_innen fallen unter den Geltungsbereich eines Branchentarifvertrags – dabei sind deren Regelungstiefe allerdings eingeeignet durch die nationalen Normen und auf Betriebsebene ausgehandelten Regelungen. Die betriebliche Ebene gilt als der zentrale Verhandlungsraum, der bei den meisten Themen Vorrang vor gesetzlichen Regelungen und Branchentarifverträgen hat. Es besteht zum einen bei einigen Themen die Möglichkeit, in Unternehmenstarifverträgen Ab-

weichungen von Branchentarifverträgen in solchen Bereichen zu vereinbaren, für die dies im Branchentarifvertrag nicht ausdrücklich verboten ist (z. B. Prävention der Arbeitsbelastung). Zum anderen können die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter\_innen und Arbeitgeber auch bei anderen Themen, von den gesetzlichen Normen abweichende Regelungen vereinbaren (Gehaltszulagen, Organisation der Arbeitszeit, Kündigungsfrist, Arbeitnehmermobilität etc.). Schließlich gibt es auch Opt-out-Regeln zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Betrieben, deren Wettbewerbsfähigkeit bedroht ist.

Das effiziente Mitwirken in diesem Tarifvertragssystem fordert den Gewerkschaften eine hohe Organisations- und Mobilisierungskraft sowie Legitimationsbasis ab, über die sie derzeit nur bedingt verfügen. So weist die französische Gewerkschaftsbewegung einen nur sehr niedrigen Organisationsgrad auf, ist in konkurrierende Organisationen aufgespalten und auf die finanzielle Unterstützung des Staates und der Wirtschaft angewiesen. Ihre Durchsetzungskraft ist deswegen niedrig bzw. nach Branchen und Unternehmen sehr unterschiedlich. Die Anzahl von Betriebs- und Branchenvereinbarungen ist zwar im Laufe der Zeit stetig (auf nunmehr etwa 40.000) angewachsen, doch ist die Reichweite der Abkommen oft begrenzt, zumal die Arbeitgeberseite in Unternehmen und vielen Branchen zwar verpflichtet ist, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, gleichwohl kein Einigungszwang besteht. Schließlich gibt es mehrere hundert Branchen, in denen keine Verhandlungen stattfinden. Lediglich in 10 Prozent der französischen Unternehmen mit über 10 Beschäftigten werden Haustarifverträge abgeschlossen. Dazu kommt das traditionell konflikträchtige Verhältnis der Sozialpartner, das im Konsens herbeigeführte Entscheidungen erschwert. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob die Gewerkschaften angesichts ihrer ohnehin schwachen Verhandlungsposition in der Lage sein werden, die gesetzlich mögliche Erweiterung ihrer Gestaltungsmöglichkeit faktisch auch zu nutzen.

## GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die französischen Gewerkschaften sind mit einem starken Legitimationsdefizit belastet. In der Öffentlichkeit werden sie mit politischen, ungeliebten Institutionen auf eine Stufe gestellt. Laut unterschiedlichen Umfragen vertrauen ihnen nur 27 Prozent bis 38 Prozent der Franzosen (bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind es etwa 60 Prozent). Die große Mehrheit der befragten Franzosen und Französinen ist der Meinung, dass der sozialpartnerschaftliche Dialog nicht gut funktioniert. Es herrscht der Eindruck vor, dass die Gewerkschaften zu sehr in ideologischen Positionen verharren und unter sich gespalten seien, als dass sie wirksam Arbeitnehmerinteresse vertreten könnten. Solche Entfremdungstendenzen führen dazu, dass viele Arbeitnehmer\_innen bei Problemen sich lieber unmittelbar mit den Kolleg\_innen und der Unternehmensleitung absprechen, als sich an die Gewerkschaften zu wenden. Das schlechte Image hängt zum Teil mit der strukturell schwachen Verhandlungsposition der Gewerkschaften Frankreichs zusammen. Da die Zersplitterung der Organisationen auf die gewerkschaftliche Geschichte des Landes zu-

rückgeht, ist es schwer vorstellbar, dass sie kurzfristig behoben werden kann. Zudem treibt die Frage, welche Mittel für die Erreichung von Ergebnissen für die Arbeitnehmer\_innen am Effizientesten sind, einen immer tieferen Riss zwischen reform- und konfliktorientierten Verbänden.

Die beiden Pole dieser Polarisierung, die CFDT und CGT, müssen deshalb versuchen, neue Wege der Zusammenarbeit zu finden, zumal bei Themen, bei denen ein Mindestmaß an Übereinstimmung besteht. Auf der anderen Seite bemüht sich die CFDT verstärkt, mit UNSA und CFTC gemeinsame Handlungsansätze herauszuarbeiten, um zumindest im reformistischen Gewerkschaftslager die Reihen zu schließen. Eine weitere Herausforderung für die Gewerkschaften ist, ihre soziale Basis breiter aufzustellen. Die Eingliederung der Organisationen in Strukturen des Sozialstaates und der Unternehmen haben zu einem starken Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung geführt: das ist insofern positiv, als der Verantwortungsbereich der Gewerkschaften als Sozialpartner in fast allen Segmenten des Wirtschafts- und Sozialsystems Frankreichs grösser geworden ist. Die Schattenseite ist aber, dass sie sich bei niedriger Mitgliederzahl allzu sehr vom Arbeitsplatz und konkreten Alltagsleben der Arbeitnehmer\_innen entfernt haben.

Vor diesem Hintergrund erkennen die Gewerkschaften die Notwendigkeit, mit einer Fokussierung auf die Betriebspolitik die Bindung zu den Arbeitnehmer\_innen zu festigen, wie dies die CGT bspw. explizit zum strategischen Ziel erhob. Gewerkschaften wollen und müssen Mitglieder zurückgewinnen – ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Lage in Mittel- und Kleinbetrieben, Online-Plattformen, im Zuliefersektor oder in der Leiharbeit. Dies ist umso wichtiger, als sie mangels genügender Mitgliederbeiträge in hohem Maße von finanzieller Unterstützung der Wirtschaft und des Staates abhängig sind. Mit Blick auf nordeuropäische Gewerkschaften will auch ein Teil der französischen Verbände (CFDT zum Beispiel) für ihre Mitglieder persönliche Angebote gewerkschaftlicher Dienstleistungen (juristische Beratung, Bildung, Streikfonds) weiterentwickeln.

Die französischen Gewerkschaften müssen für sich auch klären, welche Rolle sie grundsätzlich in der modernen, sich rasch verändernden Gesellschaft spielen wollen bzw. können. Angesichts des tiefen Misstrauens der Öffentlichkeit gegenüber allen Mittlerorganisationen steht viel auf dem Spiel. Viele Gewerkschaften haben den Anspruch darauf, nicht nur Tarifverträge auszuhandeln, sondern auch als Vertreter der Zivilgesellschaft einen Teil der nationalen Politik mitzugestalten. Dies ist aber eine Gratwanderung, da die Gewerkschaften sich der französischen Tradition entsprechend als politisch unabhängig sehen und keinerlei institutionellen Beziehungen zu politischen Parteien pflegen (Ende der neunziger Jahre hat sich auch die CGT von der kommunistischen Partei distanziert). Dieser politische Anspruch wird heute von der aktuellen Regierung infrage gestellt.

Die Gewerkschaften werden als zu schwach angesehen, um bei politischen Großprojekten diese Partnerrolle zu behalten. Im Gegenteil sehen die Gewerkschaften einen Bestandteil ih-

rer gesellschaftlichen Aufgabe darin, negative Auswirkungen der Regierungspolitik abzufedern, indem sie im Vorfeld Maßnahmen der Regierung durch branchenübergreifende Verhandlungen (oder landesweite Proteste) an die Interessen der Arbeitnehmer\_innenschaft anzupassen versuchen. Vor diesem Hintergrund müssen sie einen Weg finden, um ihre Legitimation in der Bevölkerung wieder zu stärken und so für die Regierung als Verhandlungspartner wieder unverzichtbar zu werden. Sollte es nicht gelingen, könnte die Politik diesen Wandel beschleunigen. Um dies zu verhindern, versuchen die Gewerkschaftsbünde verstärkt, den Schulterchluss mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Wohlfahrtsverbänden, NGOs, Migrant\_innenorganisationen und Umweltschutzorganisationen zu suchen: Gemeinsam werden Diskussionsplattformen organisiert, politische Forderungen erhoben oder Proteste bzw. Werbekampagnen durchgeführt.

**Benjamin Schreiber**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris

### KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale  
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

[marc.meinardus@fes.de](mailto:marc.meinardus@fes.de)

[www.fes.de/internationale-politikanalyse](http://www.fes.de/internationale-politikanalyse)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.